

KOMMENTAR

Der Bundesrat steht kurz davor, zu kapitulieren – nicht vor der EU, aber vor seiner grössten strategischen Aufgabe

Wie weiter beim Rahmenvertrag? Der Bundesrat hat sich noch immer nicht festgelegt. Die Rettungsversuche der Befürworter wirken zunehmend verzweifelt. Im ärgsten Fall sind sie sogar kontraproduktiv.

Fabian Schäfer, Bern

7 Kommentare →

20.05.2021, 05.30 Uhr



Wohin des Weges? (v.l.) Die Bundesräte Guy Parmelin, Ueli Maurer und Alain Berset nach einer Medienkonferenz.

Peter Klaunzer / Keystone

Das Mittwochsritual funktioniert inzwischen von alleine. An den Medienkonferenzen des Bundesrats wartet dessen Sprecher André Simonazzi nicht mehr, bis ein Journalist nach dem EU-Dossier fragt, sondern sagt von sich aus, dass er dazu nichts sagt. Ja, der Bundesrat habe die Diskussionen über den Rahmenvertrag fortgesetzt. Nein, es gebe dazu nichts zu kommunizieren. Thema beendet.

Fast ein Monat ist seit der denkwürdigen Brüssel-Reise von Bundespräsident Guy Parmelin (svp.) vergangen. Zu einer Entscheidung über das weitere Vorgehen konnte sich der Bundesrat aber auch diesen Mittwoch nicht durchringen. An der Stossrichtung scheint sich nichts geändert zu haben, wie zu hören ist: Wenn die EU bei den offenen Streitpunkten keine substanziellen Konzessionen macht, will der Bundesrat den Vertrag nicht unterzeichnen.

Der Amherd-Vorstoss kam spät und ohne Absprache

Der überraschende Rettungsversuch, den die Mitte-Bundesrätin Viola Amherd letzte Woche unternommen hat, ist offenkundig im Sand verlaufen. Sie wollte der EU bei der Unionsbürgerrichtlinie entgegenkommen, die primär bei Fragen des Bleiberechts und der Sozialhilfe relevant ist. Im Gegenzug soll Brüssel der Schweiz eine temporäre Schutzklausel anbieten. Bis anhin gibt es keine Anzeichen dafür, dass Amherd ihre Kollegen von diesem Plan überzeugen kann.

Das erstaunt nicht. Der Vorschlag der Verteidigungsministerin mag gut gemeint sein, ihr Vorgehen jedoch erscheint fragwürdig. Laut Angaben aus anderen Departementen hat sie im Vorfeld nicht bei potenziellen

Mitstreitern sondiert. Man fragt sich auch, weshalb sie den Vorschlag erst jetzt bringt. Zudem ist unklar, wie die Schutzklausel umgesetzt werden könnte und was sie bringen würde.

Volksinitiative mit rätselhaftem Nutzen

Der Vorstoss passt ins Bild. Die Befürworter des Rahmenvertrags lancieren zurzeit emsig einen Rettungsversuch nach dem anderen, mit wenig Aussicht auf Erfolg. Bei Amherds Vorschlag soll die frühere CVP-Bundesrätin Doris Leuthard mitgewirkt haben, eine der wichtigsten Befürworterinnen des Vertrags.

Diese Woche ging es weiter. Am Montag hat sich die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats einmal mehr als europapolitische Avantgarde betätigt: Sie forderte den Bundesrat auf, der EU entgegenzukommen und einen Kompromiss zu finden. Tags darauf haben andere Vertragsbefürworter via Radio SRF und Tamedia eine Idee lanciert, deren mutmassliche Erfolgchancen noch geringer sind als jene des Amherd-Plans: Zur Rettung des Abkommens wollen sie eine Volksinitiative starten.

Wie dieses Vorgehen zum Ziel führen soll, ist rätselhaft. Bis die Initiative an die Urne käme, vergingen Jahre. Im schlimmsten Fall erschwert sie die Suche nach einem Kompromiss, indem sie die Verhandlungsposition der Schweiz schwächt. Vermutlich wollen die Initianten in spe den Bundesrat unter Druck setzen. Doch die Ankündigung einer möglichen Initiative dürfte ihn nicht besonders beeindrucken.

Die unangenehmen Fragen werden nicht verschwinden

Bald wird man sehen, wie der Bundesrat eine Eiszeit mit Brüssel abwenden will. Sicher ist zweierlei: Nicht nur ein Ja zum Rahmenvertrag hat einen Preis, sondern auch ein Nein. Und die schwierigen Fragen im bilateralen Verhältnis werden nicht verschwinden, auch wenn sich das viele Gegner und Skeptiker eifrig einreden. Von links bis rechts tun sie so, als gäbe es eine schmerzfreie Lösung. Es gibt sie nicht. Die Schweiz, ewig hin- und hergerissen zwischen Souveränität und Exportwirtschaft, muss wieder einmal entscheiden, wo sie die Prioritäten setzt.

Nachdem die bilaterale Blockade nun so lange und gründlich aufgebaut worden ist, wird es kaum gelingen, sie auf der letzten Meile aufzulösen. Der Bundesrat steht kurz vor der Kapitulation – nicht vor der EU, aber vor seiner grössten strategischen Aufgabe: der Sicherung der guten Beziehungen zum wichtigsten Partner des Landes.

7 Kommentare

Alexander Maier vor etwa einer Stunde

Der Schaden durch ein nicht zustande kommen wird immer grosser und überwiegt den von den Gegnern behaupteten Schaden um ein Vielfaches. Wir sollten EU Recht mitgestalten, nicht autonom nachvollziehen und uns dauernd erpressen lassen müssen.

[4 Empfehlungen](#)

Werner Moser vor etwa 2 Stunden

Stimmt. Es kommt tatsächlich ein komisches Gefühl auf, dass man in Bundesbern, in Sachen Rahmenvertrag (CH/EU), beginnt, schleichend zu

kapitulieren. Und zwar tatsächlich nicht vor der EU, sondern vor sich selbst. Die immer verzweifelteren Rettungsversuchen, nota bene mit "bundesrätlich-kollegialem" Publikum (!), wirken in der Tat zunehmend verzweifelt. Dies ist bereits der ärgste Fall, und enorm kontraproduktiv. Leider! P.S. Der Bundesrat scheint sich nicht mehr in kollegialem Normal-Modus-, sondern in Auflösung zu befinden. Wirklich erschreckend!

[4 Empfehlungen](#)

[Alle Kommentare anzeigen](#)

Mehr zum Thema

[Rahmenabkommen](#)

[Viola Amherd](#)

[Bundesrat](#)



Zwei Jahre arbeiten, danach Sozialhilfe und schliesslich das Recht auf Daueraufenthalt – wieso sich der Bundesrat beim grössten Streitpunkt mit der EU querlegt

Die enthüllten Verhandlungspositionen des Bundesrats zum Rahmenabkommen zeigen, wie fundamental der Widerstand bei der Unionsbürgerrichtlinie ist. Die Bedenken sind gross: Wer mehr als ein Jahr in der Schweiz arbeitet, hat Chancen auf einen Daueraufenthalt mit Sozialhilfe.

Fabian Schäfer, Bern 28.04.2021



ERKLÄRT

Was Sie über das Rahmenabkommen mit der EU wissen müssen

Der Entwurf des Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU liegt seit Ende 2018 auf dem Tisch. Der Bundesrat zögert bis heute, dieses zu verabschieden. Worum geht es und wo liegen die Probleme?

Tobias Gafafer, René Höltschi 05.03.2021



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.